

JAHRESBERICHT 2001/2002

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich schreibe dieses Editorial zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, am Freitag, dem 15. März 02, bevor die Delegiertenversammlung vom nächsten Montag für den zweiten Wahlgang die Richtung vorgibt. Es liegt auf der Hand, dass damit die Schwerpunkte die Wahlen und die sogenannte Koalition der Vernunft sind.

Der Erfolg

„Die Schönfärberei, es sei alles zum Besten bestellt, muss endlich aufhören“. Dies der Schlusssatz der FDP-Erklärung zum besten Jahresabschluss, den die Stadt Zürich je auswies. Und diese Partei wundert sich, wenn sie in den Wahlen nicht immer so toll abschneidet. Da ist sie zusammen mit der SP, dem Stadtrat und der Konjunktur ehr- und redlich dafür verantwortlich, dass die Finanzen der Stadt wieder im Lot sind, die Steuern gesenkt, die Löhne der städtischen Angestellten und die Ergänzungsleistungen erhöht wurden. Und was macht sie? Statt sich zu freuen und auf das effektive Verdienst hinzuweisen, hebt sie den Mahnfinger höher und drohender als die SVP. Bescheidenheit mag ja eine Zierde sein, aber sich als Miesmacher zu betätigen, wenn die Fakten eine andere Sprache sprechen, grenzt an Fahrlässigkeit.

Darum und ohne wenn und aber: Die Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 3. März 2002 waren für die SP ein Erfolg. Wenn man das vierte Mal hintereinander

die Mehrheit im Stadtrat (inklusive dem Stadtpräsidium) behauptet und zum vierten Mal hintereinander bei den Gemeinderatswahlen seinen WählerInnenanteil stabilisiert oder vergrössert, hat man nicht einfach nur Glück gehabt, sondern offensichtlich das eine und das andere richtig gemacht. In der Politik und in der dazugehörigen Werbung.

Jeder Dritte und jede Dritte in der Stadt wählen derzeit ganz selbstverständlich SP. Bei den bis 50jährigen bei nahe jede(r) Zweite. Ohne dass die Partei ihre Wählerressourcen voll ausnutzen kann oder muss. Das heisst: Die SP hat deutlich mehr Sympathien und Zustimmung als Stimmen.

Diese starke Position ermöglicht der SP eine sachbezogene Politik. Wir müssen uns nicht bei jeder Gelegenheit als Partei profilieren, wir können ohne weiteres wechselnden PartnerInnen ihren Anteil an einem politischen Erfolg zubilligen. Oder ganz einfach ausgedrückt: Die SP darf und kann auf den permanenten Wahlkampf verzichten, sie muss und kann sich während der grössten Zeit auf Sachthemen konzentrieren. Wie etwa auf die Frage: Wie schaffen wir in Zürich neue und vielfältige Arbeitsplätze, grosse und kostengünstige Wohnungen, ohne dass sich der automobiler Verkehr vergrössert? Wie kombinieren wir die Finanzlast um den Schiffbau, die Tonhalle und das Kunsthaus, ohne dass die Kleinkunst und die JungkünstlerInnen zu kurz kommen? Wir haben am 3. März viel



Koni Loepfe

Freiheit für wirkliche Politik ohne kleinliche Scheingefechte erhalten. Nutzen wir sie.

Die Zusammenarbeit

In den letzten vier Jahren und ganz speziell in den letzten zwei Jahren dominierte die Zusammenarbeit zwischen FDP und SP die Stadtzürcher Politik. Die Ergebnisse – das wird bei allem ideologischen Streit um diese Zusammenarbeit gerne vergessen – lassen sich sehen. Die Stadt nutzte die Konjunktur ziemlich optimal. Diese Koalition der Vernunft wird mit Garantie keine Dauerinstanz sein. Und sie darf es auch nicht. Wenn zwei sich automatisch finden, entsteht mit der Zeit Bequemlichkeit und Filz. Als nicht ganz unwesentliche Erinnerung: Zwischen 1990 und 1994 gab es im Gemeinderat eine knappe rot-grüne Mehrheit. Das Ergebnis war keineswegs



Sepp Estermann



Willy Küng



Werner Sieg

befriedigend, dafür die Frustration gross, da bei den knappen Mehrheiten die Fraktionsdisziplin einerseits zu einem lähmenden Element wurde, andererseits fast jede(r) Einzelne mit der Drohung eines abweichenden Stimmverhaltens zu vieles erpressen konnte.

Ganz unabhängig davon, wie der Kampf um den 9. Stadtratssitz ausgeht, besteht im Gemeinderat ein Patt zwischen Links und Rechts. Und in diesem Gemeinderat sind unterschiedlich zusammengesetzte Mehrheiten mathematisch und politisch möglich – auch sehr knappe. Aber: Vorlagen, die vor das Volk kommen, haben normalerweise nur dann eine Chance, wenn im Gemeinderat eine deutliche Mehrheit dafür ist. Daraus schliesse ich nun keineswegs, dass unser Hauptziel immer ein Konsens sein muss, ein fast automatisches Mitziehen einer bürgerlichen Partei. Aber wir sind stark genug, um ohne Scheuklappen Vorschläge aller Parteien (wohl selten der SVP) aufzunehmen und darüber zu streiten. Das sind gute Voraussetzungen für echte Kompromisse. Nutzen wir sie ohne Angst und mit viel Freude.

Die Rücktritte

Das vergangene Wahljahr endete mit einigen Rücktritten, von denen ich drei speziell erwähnen möchte.

Sepp Estermann

Nach zwölf Jahren tritt Sepp Estermann

auch aus Rücksicht auf seine Gesundheit als Stadtpräsident zurück.

Zwei von seinen vielen Eigenschaften und Verdiensten seien hervorgehoben: Der Kulturminister hinterlässt im eigentlichen Sinne des Wortes eine blühende Kulturlandschaft. Das Opernhaus wird nun dank Sepp vom Kanton finanziert, so dass trotz Rezession und Sparmassnahmen für den "Rest" etwas mehr an Mitteln übrig blieb und bleibt. Wobei entscheidender der Geist ist. Sepp gelang die Herstellung eines Klimas, in dem eine breit gefächerte Kultur sowohl als Ausdruck von Lebensqualität als auch als unerlässliche Komponente eines Standortvorteils verstanden wird.

Der in meinen Augen entscheidendste Pluspunkt von Sepp: Wie kein Stadtpräsident vor ihm stand er überall dort hin, wo es brannte. Wenn der Platzspitz, der Letten, die Erwerbslosigkeit, der Lastenausgleich, die Sparmassnahmen etc. im Zentrum der Auseinandersetzung standen, war Sepp mittendrin. Er bekam mitunter einen roten Kopf, wenn die Genossinnen und Genossen (aber auch andere) seinen Argumenten nicht folgen wollten, aber er verkündete und verteidigte unbequeme Massnahmen immer selber, er übernahm die Verantwortung für die politischen Entscheide der Stadt Zürich. Da es heute recht gut aussieht, gehört ihm auch eine schöne Portion am Lob. Er übergibt seinem Nachfolger Elmar Ledergerber eine Stadt in einem guten Zustand und eine Regierungskultur, die

Schwierigkeiten anpackt und nicht unter den Teppich wischt.

Willy Küng

Mit Sepp Estermann tritt Willy Küng zurück, der in den letzten 20 Jahren die Finanzen der Stadt prägte, seit 1990 faktisch als "einer von uns".

Seine Haupteigenschaft: Ihm waren Finanzen immer Mittel zum Ziel, nie Selbstzweck. Er sparte in den 90er Jahren, weil er musste und weil er wusste, dass ein Jahresdefizit kein grosses Problem ist, dass aber mehrere Defizite hintereinander die Säulen für eine soziale Stadt unterspülen. Dass gerade die Lohnabzüge ohne tiefe Narben über die Runde gingen, hing mit der persönlichen Glaubwürdigkeit Willy Küns zusammen. Die Angestellten und die Gewerkschaften wussten, dass er ihnen so wenig wie möglich wegnahm, dass er die untersten Einkommen schonte, und vor allem erfuhren sie, dass er seine Versprechen einhielt. Als es in den letzten zwei Jahren der Stadtkasse gut ging, regnete es zwar nicht gerade Manna auf die Städtischen, aber doch beinahe. Nicht gegen, sondern mit Willy Küng.

Willy war im übrigen und entgegen anders lautenden Gerüchten weder ein Engel, noch ein "bescheidener Netter". Er wusste, was er politisch wollte, und beteiligte sich des Zieles willen notfalls auch an einer kleinen Intrige. Sein Glück: ehrgeizig war er fast immer in der Sache und nicht für seine Person.

Werner Sieg

Elf Jahre stand Werner Sieg der Gemeinderatsfraktion vor. Er führte die Fraktion dezidiert und wachte eifersüchtig über ihre Kompetenzen. Welches Geschäft zuerst oder überhaupt im Gemeinderat und welches in der Partei zu behandeln war, hatte er immer präsent und handelte auch entsprechend. Wer etwa in die Budgethoheit des Gemeinderats (sei es nun Stadtrat oder Partei) dreinredete, war bei ihm entschieden an der falschen Adresse. Wer allerdings in der Fraktion meinte, er oder sie könne sich im Gemeinderat gegen einen Entscheid der Delegiertenversammlung stellen, war ebenso an der falschen Adresse. Selbst dann (oder erst recht), wenn er den Entscheid der Delegierten für absolut daneben hielt.

Werner führte die Fraktion eigenwillig, autoritär und sehr loyal. Er beeinflusste sie mit seinem Willen, seinen Argumenten, seiner Taktik, seiner Rhetorik und notfalls auch mit Tricks. Aber es war fast nie "l'art pour l'art". Er wusste, dass eine Regierungspartei zu praktischen Erfolgen verpflichtet und verurteilt ist und dass dies nur zusammen mit anderen Parteien möglich ist. Dass dies in den letzten vier Jahren vor allem Verhandlungen mit der FDP bedingte, passte zu seinem Naturell. Obwohl ich keinen Menschen kenne, der sozialdemokratischer als Werner ist.

Die Erfolge der SP der Stadt Zürich (und auch ein bisschen von Zürich als Stadt) hängen auch damit zusammen, dass Sepp Estermann, Willy Küng und Werner Sieg in den 90er Jahren eine tragende Rolle hatten. Vielen Dank und hoffentlich hat's auch euch Spass gemacht.

Koni Loepfe, Präsident

Jahresberichte aus den Parteigremien

Geschäftsleitung

Das Berichtsjahr begann für die Geschäftsleitung (GL) anfangs März mit einer Retraite, an welcher insbesondere die Vorbereitung der Stadtratswahlen im Mittelpunkt stand.

Die Bekanntgabe von Sepp Estermanns Verzicht auf eine erneute Kandidatur setzte mindestens eine neue Kandidatur seitens der SP voraus. Ob sie mit einem 4er- oder 5er-Ticket ins Rennen für den Stadtrat steigen würde, würde die Delegiertenversammlung im Herbst beschliessen. Unbestritten war indessen, dass die GL eine Frauenkandidatur begrüssen würde und dass sie diesbezüglich z. Hd. der Delegierten besondere Anstrengungen machen müsste. Gleichzeitig mit der Kontaktaufnahme mit möglichen KandidatInnen wurden die Sektionen aufgefordert, ihrerseits KandidatInnen zu portieren.

Im Mai wurden dann mit allen Interessierten Gespräche geführt, sodass an der ord. Delegiertenversammlung die Namen der an der parteiinternen Ausmarchung interessierten StadtratskandidatInnen bekannt gegeben werden konnten. Die KandidatInnen wurden nun von den Sektionen zu Veranstaltungen eingeladen, damit sich die Mitglieder im Vorfeld der nominierenden DV ein politisches und persönliches Bild von ihnen machen konnten. Als im September Anita Thanei aus gesundheitlichen Gründen ihre Kandidatur zurückzog, standen den Delegierten noch Susanne Erdös, Martin Waser und Hartmuth Attenhofer zur Nomination zur Verfügung. Dominique Feuillet zog an der DV seine Kandidatur zurück.

Während der Wahlkampfperiode war es Aufgabe der GL, Budget und Finanzen des Wahlkampfes zu genehmigen. Das Sekretariat war für die gesamte Organisation und Koordination zuständig. Die GL genehmigte für die Zeit der Hektik eine zusätzliche Sekretariatsstelle: Es

wurde Emy Lalli, die eine grosse Wahlkampf Erfahrung mitbrachte und vor allem die parteiinternen Strukturen sehr gut kennt, eingestellt. Es galt zwei Vollverteiler zu produzieren (im Dezember den Gemeinderatslepporello und Ende Januar die Wahlzeitung). Im Januar konnte die redesignete Homepage der SPZ aufgeschaltet werden – gerade rechtzeitig für die heisse Phase des Wahlkampfes.

Nachdem die DV im September Martin Waser nominiert hatte, musste die GL sich dem Vorwurf stellen, sie habe es verpasst, eine Frauenkandidatur zu fördern. Die Gleichstellungskommission sandte einen Umfragekatalog an alle Delegierten und die GL nahm in einem Schreiben und in einem später folgenden Gespräch Stellung zum Vorgehen im Vorfeld der Nomination. Die GL war sich einig, künftig zusammen mit der Gleichstellungskommission und der GL der Kantonalpartei Bestrebungen zu unternehmen, um das Thema der Frauenkandidaturen anzugehen. Sie war und ist aber auch davon überzeugt, dass man die Analyse der vielschichtigen und komplexen Beweggründe von Frauen, auf eine Kandidatur – sei dies nun für ein Exekutivamt oder für einen Sitz in die Legislative – zu verzichten, nicht anhand eines einzigen Beispiels vornehmen kann, sondern dass hier eine breiter abgestützte Diskussion und Analyse nötig sind.

Geschäfte, welche die GL im Berichtsjahr schweremässig beschäftigten, waren die BZO Zürich West, die SP-Initiative "Hauptstrassen zum Leben", das neue Personalrecht und die Finanznöte der Schauspielhaus AG. Ein wichtiges Thema war ebenfalls die Polizei: Im Sommer wurde im Vorfeld der kantonalen Abstimmung zur Einheitspolizei ein Positionspapier erarbeitet, welches die Position und die Forderungen der SPZ betreffend einer starken Stadtpolizei erläuterte. Es wurde anlässlich einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Dass auch die Stadtzürcher Bevölkerung in Sachen Sicherheit

auf Gemeindeautonomie und nicht auf eine Kantonalisierung setzt, zeigte sich deutlich in der gewonnenen Abstimmung im Dezember.

Kurz nach dem 1. Mai begann die GL aktiv zu werden, was die erneute Mitarbeit bei der Organisation des 1.-Mais betrifft: So waren im konfliktreichen Vorfeld des Festes seitens Medien und Öffentlichkeit vermehrt Vorwürfe gegenüber der SP geäussert worden. Es stellte sich wieder einmal heraus, dass es nahezu ein Ding der Unmöglichkeit war, zu kommunizieren, dass die Stadtpartei schon seit einigen Jahren gar nicht mehr im 1.-Mai Komitee vertreten sei und somit auch keinen Einfluss hatte. So nahm die GL – im Auftrag der Delegierten – die erneute Mitarbeit im 1.-Mai Komitee in Angriff. Im Herbst konnte als Vertretung der SP in den 1.-Mai-Komitee-Vorstand Esther Brunner (SP2) gewählt werden. Die SP stellt sich somit hinter einen gemeinsamen, politisch starken 1.-Mai und gegen polarisierende Scharmützel im Vorfeld und während des Festes.

Die Geschäftsleitung bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Massgabe der Parteibeschlüsse durch. Sie besteht aus höchstens 11 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei das Sekretariat mit einer Stimme vertreten ist. Die SP-Mitglieder des Stadtrates nehmen ohne Stimmrecht Einsitz. Die Geschäftsleitung tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern (in der Regel wöchentlich).

Im Berichtsjahr wurden drei Veranstaltungen organisiert: Ein kontradiktorisches Podium mit FDP und Grünen zum Swissair-Kredit (kantonale Vorlage), eine Diskussionsrunde zu der auf grossen Widerstand stossenden geplanten Renovation der Riedtli-Siedlung und eine Diskussion zu dem vom Gesundheits- und Umweltdepartement in Vernehmlassung geschickten Alterskonzept. Im Wahlkampf fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, die mal besser, mal schlechter besucht

waren. Zu den von den Sektionen organisierten Veranstaltungen kamen drei kontradiktorische Podien mit der FDP (Polizei, Verkehr/Stadtentwicklung, Kultur) und eines mit der SVP (Sicherheit rund um die Langstrasse) hinzu. Ebenfalls fanden zwei Wahlveranstaltungen zusammen mit Monika Weber statt. Das Konzept der Altersveranstaltungen wurde im Wahlkampf konsequent weiter geführt – mit Erfolg.

Im Dezember organisierte die SP zum zweiten Mal einen Bingo-Abend; diesmal in eigener Regie ohne Beat Schlatter, dafür aber wiederum mit tollen Preisen. Eine kulturelle Finissage fand der Wahlkampf in der auf grosses Interesse stossenden Krimnacht am 23. Februar 2002 im Museum für Gestaltung, welche vom Komitee Pro Esther Maurer organisiert wurde.

Neben den Gemeinde- und Stadtratswahlen bestritt die SP Stadt Zürich wichtige Abstimmungen: Bei der kantonalen Vorlage "Neuordnung der Elektrizitätsversorgung EKZ" produzierte die Stadtpartei einen Abstimmungsflyer, der in den Kreisen 9, 11 und 12 gemäss letztes Jahr beschlossener Abstimmungsstrategie per Post und in den anderen Stadtkreisen von den Sektionen verteilt wurde. Mit grosser Deutlichkeit zeigte sich die ablehnende Haltung der Bevölkerung (und überraschenderweise des gesamten Kantons) gegen weitere Privatisierungen des Service Public.

Im September wurde ein obligatorischer Vollverteiler in allen Stadtkreisen organisiert: Neben dem von allen Seiten bejubelten Projekt "Durchgangsbahnhof Löwenstrasse" (die Vorlage ging nicht zuletzt auf den erfolgreichen Widerstand des Kreises 5 und der SP gegen den Aus- und Umbau des Bahnviaduktes zurück) ging es um die kantonale Vorlage "Tragbare Krankenkassenprämien für alle". Die Abstimmung konnte auf kantonaler Ebene knapp, auf städtischer Ebene sehr deutlich gewonnen werden. Im Nachgang zu dieser Abstimmung beteiligte sich die

Stadtpartei massgebend an der Unterschriftensammlung für die Petition, die beim Regierungsrat die sofortige Umsetzung der vom Volk beschlossenen Vergünstigungen der Pämien einfordern sollte. Auf städtischer Ebene erfreute die deutliche Annahme der "Finanzierung und Sanierung Fernwärme", des Kaufs des Hochhauses Werd und der insgesamt vier Vorlagen zu den dringlichen Bau- und Sanierungsvorhaben von Schulhäusern.

Die im Dezember zur Abstimmung gebrachte "Kompetenzübertragung EWZ" verlor die SP; dies wohl nicht zuletzt auch aufgrund der gespaltenen Parteimeinung. Wo bei der Ausgliederungsvorlage des EWZ im Jahre 2000 die Partei mit vereinten Kräften einen erfolgreichen Abstimmungskampf führte, war die Ausgangslage für eine erhöhte Kompetenz des Stadtrates in Sachen Stromlieferungsverträge schwieriger: Die Delegiertenversammlung hatte trotz dem Ja unserer Stadtratsfraktion und der Gemeinderatsfraktion die Nein-Parole beschlossen.

Auf das Ende des Politjahres hat die Geschäftsleitung vier Rücktritte zu verzeichnen: Es sind dies Fiammetta Jahreiss (SP2), Kurt Altenburger (SP5), Janös Blum (SP6) und Martin Waser (SP11). Martins Stimme wird der GL durch seine Wahl in den Stadtrat vom Amtes wegen weiterhin erhalten bleiben.

Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 01/02 an: Koni Loepfe (Präsident), Emy Lalli (Vizepräsidentin), Kurt Altenburger, Janös Blum, Fiammetta Jahreiss, Peter Macher, André Odermatt, Andrea Ruckstuhl, Renato Valoti, Martin Waser sowie von Amtes wegen Josef Estermann (Stadtpräsident), Elmar Ledergerber (Stadtrat), Esther Maurer (Stadträtin), Robert Neukomm (Stadtrat), Mechthild Malash und Susanne Twerenbold (Parteisekretärinnen).

Wahlfest, 3. März 2002



Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) trat im Berichtsjahr sieben Mal zusammen.

Neben den statutarischen Geschäften und der Vorbereitung der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen wurden folgende Geschäfte behandelt: An der Sitzung des PVs im Mai wurde ein Positionspapier zum Thema "KMUs und Kleinunternehmen in der Stadt Zürich" verabschiedet. Ziel dieses Positionspapiers war es, die Forderungen seitens der SP, welche die Gründung von Kleinunternehmen erleichtern und unterstützen würden, zu definieren.

Des Weiteren wurden der Stand der Migrationspolitik der SP Stadt und die parteiinterne Zusammenarbeit mit der SP Migration diskutiert. Auslösender Faktor für die Diskussion waren die klare und schmerzliche Niederlage bei der Volksabstimmung zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren im März und die Schwierigkeit, MigrationsvertreterInnen in den einzelnen Sektionen auf gute Listenplätze zu bringen. Nach einer engagierten Diskussion beschloss der PV, eine temporäre Arbeitsgruppe zu bilden, die einerseits eine Analyse des Standes der Migrationspolitik in der Partei und andererseits Anstrengungen zu einer besseren Verankerung der migrations- und integrationspolitischen Ziele der SPZ in der Basis bewirken sollte. Dabei ging es insbesondere darum, die Kommunikation und die Diskussionskultur zwischen den verschiedenen Parteigremien zu verbessern.

An der Juli-Sitzung wurde die ausserordentliche Delegiertenversammlung zu den Wahlen 2002 vorbereitet. Anlässlich dieser Sitzung wurden Empfehlungen z. Hd. der Delegierten betreffend Einzelwerbung im Wahlkampf, Anzahl SP-StadtratskandidatInnen und Wahlmodus beschlossen.

Im August und im Oktober verabschiedete der PV das Schwerpunktpapier hinsichtlich der Wahlen vom März 2002. Das "Wahlprogramm" war von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Gemeinderatsmitgliedern, Geschäftsleitung und Sekretariat erarbeitet worden und wurde an Partei-Mitglieder und SympathisantInnen verschickt und an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Papier beinhaltete Positionen und Forderungen zu den Themen Sozialpolitik, Bildung, Finanzpolitik und Sicherheit. Ebenfalls behandelt wurden die Bereiche Verkehr, Migrationspolitik, Stadtentwicklung sowie Kultur und Sport.

Im November bildeten die Finanzen den Schwerpunkt der Sitzung. So wurde beschlossen, den Mitgliederbeitrag 2002 nicht zu erhöhen. Ebenfalls wurden das Budget 2002 sowie der PAB-Bericht vom PV zur Kenntnis genommen.

Im Januar war noch einmal das Thema Migrationspolitik Inhalt der Diskussion. So berichtete die AG Migrationspolitik über den Stand ihrer Arbeit und die weiteren Projekte. Der PV nahm zustimmend Kenntnis von den Bemühungen der AG und sagte ihr die Unterstützung für ihre weitere Arbeit zu.

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominationen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 01/02 folgendermassen zusammen: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, Andreas Papparone (SP1), Bruno Lafranchi (SP2), Dorothee Kirschner (SP3), Alice Scheidegger (SP4), Heinz Bögle (SP5), Mischa Kissling (SP6), Yvonne Müller (SP7), Mélanie Wasem (SP8), Peter A. Schmid (SP9), Christine Stokar (SP10), Kaspar Luchsinger (SP11), Claudia Suter (SP12), Mario Florin (Bildungsausschuss), Maria Roselli, Roberto Rodriguez (SP Migration), Florian Utz, Liliane Braun (Juso), Judith Bucher, Werner Sieg, Monika Spring (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), Andrea Nüssli Danuser (Schulpolitische Kommission), Pierre Martin (Justizkommission), Salvatore di Concilio, Dorothea Frei (beide GBZ), Markus Zimmermann (SP Kanton Zürich), Marcel Lautner, Emil Schärer, Lisbeth Sippel, Thomas Spörri, Raphael Golta (frei gewählte Mitglieder). Die Sitze des Frauenteam und der SeniorInnen waren im Berichtsjahr vakant.



Delegiertenversammlung

Das Berichtsjahr 2001/2002 war für die Delegierten ein "arbeitsreiches" Jahr: Insgesamt trat die Delegiertenversammlung (DV) viermal zusammen.

An der ordentlichen DV im Mai wurde neben den statutarischen Geschäften folgender Schwerpunkt diskutiert: Koni Loepfe erläuterte im Rahmen seines Jahresrückblicks seine Beweggründe für die Bekanntgabe der Stadtpräsidiums-kandidatur von Elmar Ledergerber im Februar gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Rücktritts von Sepp Estermann. Die Delegierten schienen mit der Vorgehensweise des Präsidenten einverstanden, so meldete sich einzig eine Genossin mit einem kritischen Votum zu Wort.

Mit dem zum zweiten Mal überreichten Prix Enzo wurde Dieter Lächli (SP6) für sein aussergewöhnliches Engagement in der Partei geehrt. Aus dem Parteisekretariat offiziell verabschiedet wurden Urs Berger und Katharina von Allmen. Neu von der DV ins Parteisekretariat gewählt wurde Susanne Twerenbold. Weiter beschlossen die Delegierten, über einen allfälligen Rückzug der SP-Volksinitiative "Hauptstrassen zum Leben" erst zu entscheiden, wenn das Geschäft im Gemeinderat behandelt und verabschiedet sei. Das vorläufige Festhalten an der Initiative könne als Druckmittel gegenüber Stadt- und Gemeinderat eingesetzt werden. Unbestritten war jedoch für die DV, dass man sich – falls der Stadtrat brauchbare,

in dieselbe Richtung stossende einzelne Projekte vorlege – durchaus einen Rückzug vorstellen könnte. Die DV beschloss mit klarem Mehr die Ja-Parole zum Kauf des Hochhauses Werd und beschloss, dass die SP sich wieder aktiv um die Mitorganisation im 1.-Mai Komitee bemüht. Zum Schluss wurden die StadtratskandidatInnen (Hartmuth Attenhofer, Susanne Erdös, Dominique Feuillet, Anita Thanei und Martin Waser) vorgestellt, die sich nun in den nächsten Monaten in der Basis bekannt machen würden.

An der ausserordentlichen DV vom 13. September standen die Gemeinde- und Stadtratswahlen im Mittelpunkt: Neben der Nomination der KandidatInnen für den Stadtrat und das Stadtpräsidium wurde die Anzahl der von der SP anzustrebenden Sitze und die Unterstützung weiterer KandidatInnen beschlossen. Die DV folgte der Empfehlung des Parteivorstandes (4er-Ticket in den Stadtrat) und schritt zu den Nominierungen: Für das Stadtpräsidium wurde Elmar Ledergerber mit lediglich einer Gegenstimme nominiert. Die beiden Bisherigen Esther Maurer und Bobby Neukomm wurden ebenfalls mit überragendem Mehr nominiert. Im Rennen um die vierte Kandidatur obsiegte Martin Waser im zweiten Wahlgang mit einem absoluten Mehr von 99 Stimmen. Bei der Unterstützung weiterer StadtratskandidatInnen beschloss die DV, dass es einzelnen Parteimitgliedern offen stehe, den Komitees von Monika Stocker und Monika Weber beizutreten, nicht aber

Monika Stocker in ihrer Kandidatur für das Stadtpräsidium zu unterstützen.

Bei den weiteren zwei einberufenen a.o. DVs ging es schwerpunktmässig um Parolenfassungen: An der DV vom 25. Oktober stand die am 2. Dezember zur Abstimmung gelangende Vorlage "Kompetenzübertragung für den Abschluss von Stromlieferungsverträgen an den Stadtrat" zur Debatte. Die Pro-Seite machte geltend, dass das EWZ – um ökonomisch und marktgerecht bestehen zu können – auf diese Kompetenzerweiterung angewiesen sei. Viele Grosskunden würden schon jetzt zu günstigeren Anbietern wechseln. Die Kontra-Seite setzte dem entgegen, es handle sich hier um eine weitere versteckte Privatisierungsstrategie. Zudem benachteilige die Vorlage die PrivatverbraucherInnen und sei unökologisch. Die DV beschloss mit 47 zu 30 Stimmen die Nein-Parole.

An der a.o. DV vom 7. Februar stand die am 7. April zur Abstimmung gelangende Vorlage betreffend der 50 Mio-Beteiligung der Stadt Zürich an der neuen Airline im Zentrum. Bei den Pro-Voten stachen folgende Argumente hervor: Die SP habe sich politisch auf Bundesebene und auf kantonaler Ebene vehement für eine staatliche Beteiligung ausgesprochen. Die SP der Stadt Zürich könne es sich jetzt nicht leisten auszuscheren, zumal die Stadt als direkteste Nutzniesserin des Flughafens auch direkt beteiligt sei. Auch sei eine gute Kapitalisierung eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Start des neuen Unternehmens. Die Sozialpläne seien gesichert, und die

Stadt Zürich müsse – auch zur Verhinderung der Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit – dem Unternehmen die volle Unterstützung bieten. Sepp Estermann erklärte in seinem Votum, dass die Wirtschaft sich mit einem grossen Betrag (1,6 Mia. Fr.) an der neuen Airline beteilige; dies nicht etwa, weil diese Investition grosse Gewinne verspreche, sondern weil die Wichtigkeit einer eigenen schweizerischen Fluggesellschaft unbestritten sei. Dazu komme, dass Zürich dem Flughafen jährlich erhebliche Einnahmen verdanke und diese lieber investiere als ganz und gar darauf zu verzichten. Ebenfalls gehe es um eine Frage der Solidarität; ein Nein würde dem zukünftigen Ansehen von Zürich in Bundesbern erheblich schaden.

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich und setzt sich basisdemokratisch aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er-Delegation der statutarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen (je nach Mitgliederzahl zwischen 10 und 16 pro Sektion) zusammen.

Die Gegner der Vorlage führten folgende Argumente ins Feld: Es gehe nicht an, dass die Stadt Zürich sich als einzige Gemeinde (neben Kloten) an der Kapitalisierung beteilige. Wo bleibe die Solidarität der anderen, finanzstarken Zürcher Gemeinden? Die Stadtzürcher SteuerzahlerInnen würden somit dreimal zur Kasse gebeten. Es seien keine Leitplanken betreffend Umweltschutz und Lärmbelastung gesetzt worden. Ebenfalls sei nicht mehr die Rede von einer Reduzierung der Flugbewegungen. Die Stadt Zürich hätte im Verwaltungsrat der neuen Airline kein Mitspracherecht und könne somit nicht mitreden. Nach einer engagierten Diskussion beschloss die DV mit 62 zu 45 Stimmen die Ja-Parole. Die Stimmfreigabe wurde abgelehnt. Ebenfalls einstimmig unterstützt

wurden die Vorlagen "KITS für Kids" (Ausstattung der Stadtzürcher Schulhäuser mit Computern) und der Bau des Schulhauses Allenmoos II.

Bericht aus dem Stadtrat von Robert Neukomm

Das ausgezeichnete Wahlresultat der Bisherigen (und von Martin Waser!) vom März 2002 zeigt, dass auch das letzte Jahr der Legislatur 1998-2002 als erfolgreich eingestuft werden darf. Es zahlt sich aus, dass der Stadtrat gemeinsam weitere wichtige Entwicklungsziele für die Stadt und die Verwaltung erreicht hat.

Finanzen

Der Rechnungsabschluss 2001 lässt den Finanzfehlbetrag auf unter 100 Mio. Franken sinken. Nach der Rezession der 90-er Jahre über 1500 Mio. Franken hoch, wird er Ende 2002 ganz verschwunden sein. Zu diesem sehr erfreulichen Resultat trugen nicht nur die der Wirtschaftslage entsprechend reichlichen Steuereinnahmen bei, sondern auch die andauernde Ausgabendisziplin des Stadtrates sowie Sondereffekte wie die Aufwertung des EWZ-Netzes. Der Abbau des Finanzfehlbetrags kam damit gerade noch im letzt möglichen Moment, denn schon sind wieder dunklere Wolken am Konjunkturhorizont aufgezogen. Dazu muss man wissen, dass der "Tidenhub" zwischen guten und schlechten Zeiten rund eine halbe Milliarde Franken beträgt: In schlechten Zeiten sinken die Steuereinnahmen um mehr als 300 Mio. Franken und gleichzeitig steigen die Soziallasten um gegen 200 Mio. Franken.

Neues Personalrecht und Besoldungssystem

Nach den entsprechenden Beschlüssen



Robert Neukomm

des Gemeinderates kann auf voraussichtlich 1. Juli 2002 ein modernes neues Personalrecht samt einem neuen Besoldungssystem in Kraft gesetzt werden. Zwar wird damit der Beamtenstatus abgeschafft und mehr Flexibilität für die sich immer rascher wandelnde Verwaltung gewonnen, doch der Arbeitnehmerschutz bleibt unverändert hoch. Die Überführung vom alten ins neue Lohnsystem konnte nicht zuletzt dank der momentan guten Finanzlage so gestaltet werden, dass es einerseits keine Verlierende gibt und dass andererseits die den Personalgruppen "Gesundheit" und "Soziales" bereits teilweise in den letzten Jahren mit Zulagen gewährten Verbesserungen konsolidiert und definitiv gewährt werden können.

Schauspielhaus/Schiffbau

So erfreulich das Engagement von Christoph Marthaler und die zusätzlichen Spielmöglichkeiten im Schiffbau für das Schauspielhaus und für das kulturelle Leben unserer Stadt und darüber hinaus sind, so betrüblich ist die Kostenüberschreitung bei der Erstellung des Schiffbaus und die Verärgerung und damit das Ausbleiben der BesucherInnen. Sepp als Verwaltungsratsmitglied bezog dafür (auch viel ungerechtfertigte) "Prügel". Er konnte dennoch den Gemeinderat (und im Juni 2002 hoffentlich auch das Stimmvolk) überzeugen,

dass mit einer Subventionserhöhung und einem einmaligen Beitrag das Schauspielhaus saniert werden kann und muss. Dazu ist allerdings auch der betreffende Beweis der künstlerischen Leitung noch nötig.

Sicherheit/Sauberkeit/Aufwertung von Quartieren

Zürich ist die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Die besonderen und intensiven Anstrengungen um Sicherheit, Sauberkeit und Aufwertung von gewissen Quartieren tragen langsam aber sicher Früchte, auch wenn dies viel Klein-Klein- und zum Teil sogar Sisyphus-Arbeit bedeutet. Es gab dabei allerdings auch Rückschläge (Ablehnung des "Mogli" als Quartierzentrum im Kreis 4 durch den Gemeinderat) und Stagnationen (fehlende Weiterentwicklung der Drogenpolitik, weil darauf gewartet wird, dass der Bund endlich den Status quo festschreibt). Unabdingbar scheint mir zudem, dass die Stadt vermehrt Einflussmöglichkeiten auf die spezifischen Nutzungen der Gebäude bekommt, sei es z.B. im Bereich der Gaststätten oder in jenem der Bordelle.

Legislatur 1998-2002: Rechenschaftsbericht

Bezüglich der ganzen Legislatur hat der Stadtrat einen sehr lesenswerten Rechenschaftsbericht vorgelegt. Er kann bei der Medienstelle des Stadtrates (Tel. 01 216 31 05 oder infostelle@skz.stzh.ch) bezogen werden.

Gemeinderatsfraktion von Werner Sieg, Fraktionschef

Tod von Doris Herter

Das zu Ende gehende Jahr wurde durch den plötzlichen Tod von Doris Herter überschattet. Doris, SP-Gemeinderätin aus dem Kreis 3, Mitglied der Finanzkommission, sass im Rat schräg vor mir. Bei der Budgetdebatte fehlte sie. Da bei der Budgetdebatte prinzipiell kein Fraktionsmitglied abwesend sein darf, ich auch keine Abmeldung hatte, liess ich Doris zu Hause und am Arbeitsplatz suchen. Schliesslich wurde sie gefunden: Sie war bereits am Vortag, am 11. Dezember 2001, in ihrer Wohnung an Herzversagen gestorben. Der Schock sass tief, der Schrecken ist immer noch in mir drin.

Doris Herter wurde nur 45 Jahre alt. An der eindrücklichen, bewegenden Abdankungsfeier wurde mit Recht gesagt, dass sie unter Politikerinnen und Politikern eine Ausnahme gewesen sei: Sie zeichnete sich durch ihre Bescheidenheit aus. Die promovierte Physikerin stellte ihr Licht eher unter den Scheffel. Vielleicht wurde sie deshalb manchmal unterschätzt. Wenn sie sich in der Fraktion meldete, war sie aber fast immer erfolgreich. Wir haben mit ihr eine solidarische, liebenswerte Genossin verloren.

Fraktionsvorstand, Vertretung in den Parteigremien

Im Berichtsjahr bildeten das Präsidium der Fraktion: Werner Sieg (Präsident), Judith Bucher und Monika Spring-Gross (Vizepräsidentinnen). Weitere Vorstandsmitglieder waren: Susanne Twerenbold (Parteisekretärin), Regula Enderlin, Helmut Britz, André Odermatt, Rolf Naef und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena Röllin. Die Kasse führte Hans-Peter Huber. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (zwei Stimmen). Weitere Delegierte waren: Renate

Fässler, Judith Bucher, Helmut Britz, Joe Manser und Dominique Feuillet.

Personelles

Im letzten Jahr der laufenden Legislatur traten Nicole Bisig (SP 4) und Eva Sanders (SP 12) zurück. Sie wurden ersetzt durch Mark Roth und Elisabeth Makwana. Mark Richli (SP 3) nahm für Doris Herter Einsitz im Rat. Zum Schluss setzte sich die Fraktion aus 26 Frauen und 23 Männern zusammen. Auf Ende der Legislatur traten die Ratssekretärin und Gemeinderätin Renate Fässler (SP 10), Rose Zschokke (SP 6), Regula Enderlin Cavigelli (SP 7), Elisabeth Güntensperger-Alioth (SP 9) und Geraldine Zürcher (SP 6) zurück. André Dubacher (SP 5) und Reto Heygel (SP 2) wurden unverdientermassen knapp nicht wiedergewählt. Alle diese Fraktionsmitglieder haben sich in grossem Masse für unsere Bewegung eingesetzt und verdienen unseren uneingeschränkten Dank.

Neben dem Tages-Anzeiger, der seit vielen Jahren Journalisten an den Sitzungen der Fraktion teilnehmen lassen kann, sind seit Frühjahr 2001 auch Journalisten der NZZ willkommen. Sie nehmen regelmässig als Gäste an den Fraktionssitzungen teil.

Politische Arbeit

Im Gemeinderat gelang der SP im vergangenen Jahr fast alles nach Wunsch. Die sogenannte "Koalition der Vernunft", zu der es schon rein rechnerisch keine Alternative gab, war immer erfolgreich. Wir haben das Budget so durchgebracht, wie wir wollten. Wir haben ein fortschrittliches neues Personalrecht verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich weitere Verbesserungen möglich wurden. Schliesslich haben wir die Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre weitergeführt. Beim Schiffbau haben wir die Einsetzung einer PUK verhindert. Der Bericht der GPK zeigte, dass es

richtig gewesen war, das härteste parlamentarische Mittel nicht einzusetzen.

Der einzige Bereich, in dem wenig ging, war die Verkehrspolitik. Hier stagniert Zürich, u.a. weil die Zusammenarbeit von FDP und SP nicht klappt, was wiederum daran liegt, dass die freisinnige Stadträtin Martelli von ihrer Fraktion nicht richtig unterstützt wird. Daher stehen sich hier – wie früher in praktisch allen Bereichen – zwei etwa gleich grosse Blöcke gegenüber, die jede Änderung verhindern. Eine Ausnahme allerdings gibt es sogar in diesem Bereich: Beim Rigiplatz ist es der SP gelungen, eine neue Vorlage zu initiieren. Im Gemeinderat wurde ganz zum Schluss eine Weisung für einen neuen Rigiplatz verabschiedet, die ganz den Vorstellungen der Sektion Zürich 6 entspricht. Auch beim Limmatquai geht es langsam weiter. Allerdings wird diese Aufwertung der Innenstadt von den Autoverbänden mit Rechtsmitteln verzögert, unter Mithilfe von Richtern und Rechtsinstanzen (z.B. dem Statthalter), die jede Verzögerung von Entscheiden unterstützen – sei es aus politischem Kalkül, aus Prinzip oder aus Faulheit.

Mühselig ist schliesslich – auch wenn die "Koalition der Vernunft" teilweise Früchte trug – die Politik bei den Einbürgerungen.

Die SP der Stadt Zürich ist in guter Form – in besserer als die SP Schweiz. Auch die erste Runde der Wahlen 2002 verlief in Stadt- und Gemeinderat ausgesprochen erfolgreich. Ob sich diese Situation politisch in bleibende Erfolge umsetzen lassen wird, wird sich zeigen. Man kann eine gute Ausgangslage auch durch Arroganz, Überheblichkeit, Dummheit oder mangelnden Kampfgeist verspielen. Und schliesslich braucht man auch in der Politik Glück.



Politischer Alltag im Kreis 4 von Josef Vogel, SP4

Im Kreis 4 leben Mitmenschen aus allen Kontinenten. Thailändische, indische, marokkanische, russische Restaurants befinden sich unmittelbar neben den altingesessenen italienischen und spanischen und neben dem schweizerischen Fondüestübli. An der und rund um die Langstrasse herrscht ein reges Nachtleben. In den Schulklassen sind oft bis über zehn Nationen vertreten. Der grössere Teil der Bewohner des Quartiers hat kein Stimm- und Wahlrecht und ihre Interessen müssen trotzdem in die politischen Weichenstellungen einfließen.

Der Kreis 4 ist ein lebendiges und anspruchsvolles Quartier. Er ist aber wegen des Drogenproblems und gewissen Auswüchsen des Milieus ein "Sorgenkind" der Stadt. Als Partei mit dem grössten Stimmenanteil vertritt die SP4 pointiert und mit entsprechendem Gewicht fortschrittliche Standpunkte, was die Migration und die Bekämpfung der erwähnten Probleme betrifft.

Ein Schwerpunkt – neben dem Wahlkampf – war die Realisierung des seit Jahren diskutierten und von den Bürgerlichen stets mit neuen Argumenten bekämpften Projekts "Quartierzentrum". Eine "Schmalspurversion", wie sie SVP, FDP und CVP vorschwebt, kam für die SP4 gar nie in Frage. Eine "Einrichtung für ein Café mit WC und Kiosk" ist für die SP4 kein Begegnungsort für die verschiedenen Kulturen. Die SP4 versuchte zusammen mit ihren GemeinderätInnen, die Behörden und die Leute aus dem

Quartier davon zu überzeugen. Leider wurde das Projekt vom Parlament zurückgewiesen. Der Kampf der SP4 für das "Mogli" geht deshalb weiter.

Jahresziel war zudem, die Auswüchse der Drogenszene in der Bäckeranlage und im Langstrassenquartier einzudämmen. Mehrere GenossInnen arbeiten in der monatlich tagenden Drogenkommission des Quartiers mit, die Präsidentin der SP4 ist Quartierbeauftragte für Sozio- und Rolf Vieli, der Projektleiter "Langstrasse Plus", ein aktives Mitglied der Sektion. Durch den Kauf der "Alkoholikerknele Schönau" durch die Stiftung PWG (initiiert durch Gemeinderat Emil Seliner) und das Umfunktionieren in einen Jugendtreff konnte ein weiterer Meilenstein zur Gesundung des Quartiers gesetzt werden.

An der Klausurtagung im Januar 2002 (moderiert durch Heinz Wyssling), an der der Vorstand seine Arbeit kritisch hinterfragt und sich entsprechende Ziele gesetzt hat, kam klar heraus: Gute Lösungen im Quartier können nur realisiert werden, wenn die ExponentInnen der Kreispartei mit der Unterstützung der Basis Projekte "anreissen" und auch durchziehen.

Jahresausflug der SeniorInnen von Trudi Weinhandl

Bei strahlendem Hochsommerwetter treffen wir uns am 15. August 2001 auf dem Schiffsteg am Bürkliplatz. Um 11.30 Uhr führt uns das überfüllte Schiff nach Horgen. Wir sind froh, endlich aussteigen



zu können. In Horgen erwartet uns Hermi Macher. Er fuhr mit der S-Bahn, weil er eine halbe Minute zu spät erschienen war und das Ausflugsschiff pünktlich in See stach. Wir steigen nun ins wartende Postauto ein und fahren bis Horgenberg. Im Garten des Restaurants Schwyzerhüsli werden wir mit einem vorzüglichen Mittagessen verwöhnt. Um 14 Uhr fahren wir weiter auf den Hirzel.

Zuerst besuchen wir die im Jahre 1617 erbaute Kirche. Emil Schärer hält ein Kurzreferat über die bewegte Vergangenheit der Gemeinde Hirzel und der Umgebung. Die Bevölkerung wurde seit Menschengedenken allezeit dezimiert. Das Volk wurde laufend durch Kriege, Pest, Pocken und Söldnerdienst geplagt. Emil vermittelt uns interessante Einblicke in die Sozial- und Kulturgeschichte vergangener Zeiten.

Trudi Weinhandl erzählt uns, dass die Kirche auf dem Bauplatz eines beschlagnahmten Täuferguts steht. Auf dem Hirzel lebte damals eine aktive Täufergemeinde, die mit ihren abweichenden religiösen Lehrsätzen in scharfem Gegensatz zur zwinglianischen Staatskirche stand. Bekämpft wurde diese religiöse Gemeinschaft auch, weil die Bibel wörtlich ausgelegt, ernst genommen wurde: "Schwerter zu Pflugscharen". Die Täufer als radikale Militärverweigerer bedeuteten für die Behörden, die Staatskirche und den Papst ein Ärgernis. Nichts desto trotz lebten in dieser Gegend aktive Wiedertäufergruppen. Ihre Solidarität und Tüchtigkeit ist auch heute noch vorbild-

lich. Nach den Kurzreferaten und der Erholung in der kühlen Kirche gehen wir ins nahe gelegene, weltbekannte Johanna Spyri-Museum.

Einzelne unermüdliche Frauen besuchen den alten Friedhof. In der Spyri-Stube betrachten wir Mobiliar, Erinnerungsstücke, Handschriften und viele Dokumente zu und über Johanna Spyri. Mit ihren Jugendbüchern erreichte sie die ganze Welt. Wenn sie damals aufmüpfiger geschrieben hätte, wären ihre Werke nicht gedruckt worden. Ihre Schriften über das Leben von Kindern waren für jene Zeit revolutionär genug. Kinder hatten keinen hohen Stellenwert im vorletzten Jahrhundert. Mutige Verleger wagten es, die Bücher zu drucken und dafür zu werben. Einige aus unserem Kreis bewegen sich bald ins Café Spyrigarten. Bei Kaffee und Glacé oder Kuchen betrachten wir die schöne, voralpine Landschaft.

Um 16 Uhr fahren wir mit dem Postauto nach Wädenswil. Es erwartet uns ein kleines Schiff. Wir fahren nach Stäfa, wo wir in einen alten Zürisee-Raddampfer umsteigen. Auf der Rückfahrt finden alle Zeit und Musse für Gespräche. Erinnerungen werden wach und aufgefrischt. Vergangene gemeinsame politische Erlebnisse leben in Gedanken und Worten wieder auf. Dieser frohe Tag bleibt uns noch lange im Gedächtnis haften.

Berichte aus Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen

SP Migration

von Maria Roselli, Präsidentin

Im vergangenen Jahr befasste sich die SP Migration schwerpunktmässig mit folgenden Themen:

Kantonales Kinderzulagengesetz

Für die SP Migration ist das neue Kinderzulagengesetz, welches der Zürcher Kantonsrat im letzten Herbst verabschiedete, rassistisch und moralisch höchst bedenklich. Der Kanton Zürich spart ausgerechnet bei jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die am wenigsten verdienen: den Ausländerinnen und Ausländern, deren Kinder im Heimatstaat wohnen. Diese sollen künftig, wenn überhaupt, nur einen Bruchteil der Kinderzulagen erhalten. Ein solches Gesetz bewirkt das Gegenteil der Integration, nämlich die soziale Segregation der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten und somit deren Ghettoisierung. Die SP Migration hat deshalb eine Protestaktion vor dem Rathaus organisiert und den Regierungs- und Kantonsrät/innen u.a. ein "Armutszeugnis" erteilt.

Sans-Papiers

In der Schweiz leben und arbeiten hunderttausende rechtlose und beliebig ausbeutbare Menschen. Sie sind zu einem Grossteil aufgrund ausländerrechtlicher

Bestimmungen zu Sans-Papiers geworden. Nur eine kollektive Regularisierung kann diesen Menschen helfen, in Recht und Würde zu leben. Die SP Migration hat deshalb mit vielen anderen Organisationen zu einer nationalen Demo für die Regularisierung der Sans-Papiers aufgerufen und wird sich auch im Jahre 2002 schwerpunktmässig mit diesem Thema befassen.

Gemeinderatswahlen

Laut einem Beschluss der Delegiertenversammlung der SP haben KandidatInnen der Migration Anrecht auf einen bevorzugten Listenplatz. Darauf haben die SP und die SP Migration in den letzten Jahren hin gearbeitet. Das Resultat, welches sich anlässlich der Gemeinderatswahlen 2002 präsentierte, ist indes ernüchternd. Nur wenige Sektionen haben sich aktiv darum bemüht, MigrationskandidatInnen zu portieren. Für uns ist daher klar, dass wir auch in den kommenden Jahren daran arbeiten müssen, MigrationsvertreterInnen besser in den Sektionen zu verankern.

Justizkommission von Pierre Martin, Präsident

Die Justizkommission hielt im Jahr 2001/02 drei Sitzungen ab. Dabei ging es um die Kandidaturen für zwei Voll- und zwei Teilämter als BezirksrichterInnen.

Für die Vollstellen konnten wir dem Parteivorstand Markus Oertli und Rolf Schöning vorschlagen. Nachdem Markus Oertli seine Kandidatur kurzfristig zurückgezogen hatte, portierte die GL an seiner Stelle Judith Haus Stebler – ebenfalls mit der vollen Unterstützung der Justizkommission.

Für die Teilämter (je 50 %) wurden Reto Nuotclà und Susanne Vogel vorgeschlagen. Alle KandidatInnen sind inzwischen als gewählte RichterInnen im Amt.

An der Sitzung vom 2. Oktober nahm die Justizkommission das von der IPK unter Mitwirkung der SP ausgearbeitete

neue Anforderungsprofil für BezirksrichterInnen und BezirksanwältInnen zur Kenntnis. Dieses Profil legt die Minimalanforderungen für die Kandidaturen der einzelnen Parteien fest.

Schulpolitische Kommission von Andrea Ruckstuhl, Präsident

Im Berichtsjahr hat sich die Schulpolitische Kommission ausschliesslich mit der Reorganisation der städtischen Schulbehörden auseinander gesetzt, und zwar im Rahmen einer Vernehmlassungsantwort auf die vorgeschlagenen Änderungen in der Gemeindeordnung.

Die wichtigsten Punkte seien hier wiederholt: zustimmend äusserte sich die Kommission zur Vergrösserung der Anzahl der Schulkreise, zur Reduktion der Mitgliederzahl der Kreisschulpflegen und zur Aufhebung der Zentralschulpflege. Die Kommission fordert, dass die Einführung und Ausbildung der Schulleitungen nun oberste Priorität erhalten müsse, da die Behördenreorganisation nur dann glücken könne, wenn die geleiteten Schulen flächendeckend auch wirklich als solche funktionierten. Die entsprechenden Gelder und sonstigen Ressourcen seien in angemessener Höhe bereit zu stellen. Zudem fordert die Kommission, dass die künftige Funktion der Schulpflegen als Aufsichtsorgane anhand detaillierter Pflichtenhefte zu umreissen sei.

Angesichts des – vorsichtig ausgedrückt – anhaltend bescheidenen Interesses an der Mitarbeit in der SPK wird die Kommission wohl auch in Zukunft nur ganz punktuell im sehr kleinen Rahmen zusammen treten.

AG Altersveranstaltungen von Mechthild Malash

Die von der AG Altersveranstaltungen organisierten Anlässe in 2001/2002 standen selbstverständlich ganz im Zeichen

des Gemeinderats- und Stadtratswahlkampfes. In 2001 bis Frühjahr 2002 führten wir insgesamt 25 Veranstaltungen durch, verteilt auf alle Stadtkreise. Thema war anfangs Jahr die "Sterbehilfe" mit Robert Neukomm, was auf sehr grosses Interesse stiess. Weiter wurden im Rahmen der Kampagne "Abschaffung der Einbürgerungsgebühren" zwei Veranstaltungen mit ReferentInnen der SP Migration durchgeführt.

Es folgten Veranstaltungen zum Thema "Sicherheit im Alter", welche wiederum als Erfolg verbucht werden dürfen. Esther Maurer referierte zu diesem Thema insgesamt fünfmal.

Esther Maurer und Robert Neukomm referierten ebenfalls zum Thema "Tragbare Krankenkassenprämien für alle".

Nach seiner Nominierung als Stadtratskandidat trat Martin Waser als Referent auf, meistens zusammen mit seinen künftigen KollegInnen, darunter zweimal in Zürich-Nord zum Thema "Stadtentwicklung".

Im Januar und Februar 2002 traten alle StadtratskandidatInnen nochmals an, schwergewichtig zum Thema "UNO-Beitritt". Auch dieses Thema fand grosse Beachtung, bis zu 80 BesucherInnen nahmen jeweils teil.

Im Grossen und Ganzen waren die Besucherzahlen befriedigend, im Durchschnitt um die 50 Personen, mit vielleicht zwei Ausnahmen, als etwa 5-10 Personen kamen. Geworben wurde immer im gleichen Stil, mit einem Inserat im Zürich Express und mit vielen tausenden von Flugblättern. Einen ganz besonderen Dank allen, die viele viele Briefkästen in der Stadt abgeklappert haben.

Ein weiterer Dank gilt allen ReferentInnen, daher insbesondere unseren StadträtInnen, die sich sehr flexibel auf die hin und wieder vorgegebenen Themen wie auch auf die oftmals kurzfristige Terminierung einstellen mussten.

AG Migrationspolitik *von Renato Valoti, Leiter der AG*

An der Parteivorstandssitzung im Mai 2001 wurde über den Stand der SPZ in der Migrationspolitik und über die Zusammenarbeit mit der SP Migration diskutiert. Ein Resultat dieser engagierten Diskussion war der Beschluss, eine temporäre Arbeitsgruppe Migrationspolitik mit den folgenden Zielsetzungen zu gründen: Erstellen einer Analyse über den Stand der Auseinandersetzung mit der Migrationspolitik in den Sektionen, Erarbeiten von Strategien, welche die Verankerung der Migrationspolitik in den Sektionen und der Basis fördern, und Aufzeigen von Wegen, wie die migrations- und integrationspolitischen Ziele realisiert werden können.

Im Juni 2002 trafen sich 15 Genossinnen und Genossen (Sektionsvorstände, GL, Gemeinde- und Kantonsrat, SP-Migration) zur ersten Sitzung. Als erste Arbeit wurde eine gemeinsame Analyse der Stimmungslage in den einzelnen Sektionen durchgeführt. Die AG entschied sich danach für folgendes Vorgehen: Die Arbeit der AG sollte aufgrund der unterschiedlichen Problemzonen in den einzelnen Quartieren und Stadtkreisen sektionsindividuell ausgerichtet werden. Zuerst sollten die Sektionspräsidenten und die Vorstände angesprochen und einbezogen werden, um dann gemeinsam einen entsprechenden Aktionsplan zu erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe beschränkte sich im Sinne eines Pilotprojektes auf zwei unterschiedliche Stadtgebiete: Der Kreis 3 (Wiedikon und Friesenberg) und Zürich Nord (Kreis 11 und 12): es sind dies Gebiete, die problembehaftet sind (Autobahneinfahrt, Lärm, Verkehrssituation, hoher AusländerInnenanteil in Wohnsiedlungen, Schule, etc.). Für diese beiden "Pilotgebiete" wurden situationsspezifische Projektskizzen erarbeitet. Für das Gebiet Zürich Nord wurden drei mögliche Handlungsfelder, nämlich der Infrastrukturbereich, das Dienstleistungs-

angebot und der Bereich "Schule" festgelegt. Im Kreis 3 wurde ein anderer Ansatz sichtbar: Im Zentrum sollte hier die Diskussionskultur innerhalb der SP3 stehen: Es wurden Ideen und Projekte entwickelt, wie die Auseinandersetzung mit dem Thema "Migrationspolitik der SP" innerhalb der SP geführt werden kann, und dies ohne Scheuklappen. Anhand konkreter Fragestellungen (Islam, Deutschkurse für MigrantInnen, Jugendliche im Quartier, etc.) soll in der Sektion das Thema eine Plattform erhalten.

Bildungsausschuss *Mario Florin, Präsident*

Nachdem offenbar die alten Formen der sozialistischen Bildungsarbeit nicht mehr funktionieren, haben wir uns in diesem Jahr an eine für uns neue Form herangewagt: an die "Talk-Show".

Die Idee war, mehr oder weniger Prominente zu Themen zu befragen, die uns persönlich etwas angehen: Geld, Fernsehkonsum und Umgang mit Macht. Um diese Veranstaltungen professionell durchzuführen, haben wir uns mit dem sogar theater an der Josefstrasse sowie mit der kantonalen SP Stiftung Bildung zusammengetan. Peter Brunner, Leiter des sogar theaters, hat für uns die organisatorische Arbeit erledigt und viele Kontakte geknüpft. So konnten wir (Verena Schilling, Rosmarie Sidler, Edith Eggenschwiler, Matyas Gödrös, Fred Schärer, Mario Florin) uns auf den Inhalt (Thema, Gäste, Ablauf des Abends) konzentrieren. Unsere Gäste waren Umberto Blumati und Andreas Reinhardt (Talk-Show im Oktober zum Thema Geld), Iso Camartin und Maya Wicky (Dezember-Talk-Show: Fernsehen) sowie Markus Notter und Zita Küng (Januar zum Thema Macht). Die drei Abende waren gut besucht (am besten der erste), und die Gespräche verliefen angeregt.

Mit über 200 Eintritten dürfen wir auch den diesjährigen Risotto als Erfolg verbuchen. Es lasen: Isolde Schaad, Klaus Merz, Rosmarie Keller, Thomas

Hürlimann, Melitta Breznik, Catalin D. Florescu. Nach dem Defizit des Jahres 2001 waren wir etwas besorgt und unsicher, ob wir den Risotto überhaupt weiterführen sollten. Das steht nun nicht mehr zur Diskussion.

JUSO Stadt Zürich *von Florian Utz, Präsident*

Anfangs 2001 hatte sich die JUSO Zürich infolge starken Mitgliederwachstums in eine Kantonalsektion und in die drei Ortssektionen Limmattal, Oberland und Stadt Zürich gespalten. Für die JUSO Stadt Zürich war das vergangene Jahr also sozusagen das erste Jahr ihrer Existenz – und es sollte ein gutes Jahr werden.

Von unseren Tätigkeiten im letzten Jahr besonders hervorzuheben ist unser Engagement gegen die EWZ-Tarifvorlage. Im Sommer haben wir entscheidend zum Zustandekommen des Referendums beigetragen. Danach gelang es uns, vor allem dank dem Einsatz von Rebekka Wyler, die Delegiertenversammlung von der sozialpolitischen und der ökologischen Richtigkeit eines Neins zu überzeugen – obwohl die SP im Gemeinderat noch grossmehrheitlich für die Vorlage gestimmt hatte.

Die Abstimmung endete für uns jedoch eher mit einem Dämpfer. Der Nein-Stimmen-Anteil von 42 Prozent ist zwar kein Desaster, aber doch weniger als wir uns erhofft hatten. Zumal wir auch im Abstimmungskampf sehr engagiert waren: Mit Ständen, mit dem Verteilen von Flyern, auf Plakaten.

Neben unseren üblichen Veranstaltungen und Vollversammlungen bereiteten wir uns auch auf den Gemeinderatswahlkampf vor, kandidierten doch immerhin neun Jusos in verschiedenen Kreisen für die Stadtzürcher Legislative. Die Ergebnisse waren mehrere Standaktionen, Flyers, Kleber, ein grosses (von der SP finanziertes) Inserat im ZürichExpress sowie eine Homepage – schliesslich braucht eine starke Stadt auch eine starke Vertretung der Jugend.



Kommentar zur Jahresrechnung 2001 von Mechthild Malash

Allgemeine Interpretation

Die Jahresrechnung 2001 weist einen Gewinn von Fr. 1'573.07 aus. Ausserdem konnten wir Rückstellungen von Fr. 161'136.68 für den Wahlkampf 2002 machen, also neben den budgetierten Fr. 100'000.- für die Wahlen 2002 zusätzlich noch Fr. 60'000.-. Der grosse Überschuss hat sich ergeben, weil wir für die strategische Wahlkampagne in den Stadtkreisen 9, 11 und 12 statt der budgetierten Fr. 80'000.- nur Fr. 26'000.- gebraucht haben. Der zweite Grund ist ein Legat in der Höhe von Fr. 23'000.-, welches unerwartet in unsere Kasse geflossen ist.

Dem glücklichen Umstand dieses hohen Überschusses verdanken wir, dass unser Defizit für die Wahlen 2002 nicht ganz so ruinös sein wird und unser Budget 2002 nicht ganz aus dem Ruder läuft.

Zu vermerken ist noch die erfreuliche Tatsache, dass die Lohnkosten weiter gesunken sind und sich nun bei 36 % der Gesamtausgaben bewegen und die Politkosten bei 51 %.

Unsere Kampagnen im Jahre 2001

Bereits das erste Abstimmungswochenende im März 2001 forderte unseren ganzen Einsatz, insbesondere finanzieller Art. Der Abstimmungskampf für die Abschaffung der Einbürgerungsgebühren (Eziniinitiative Roselli) wurde von der Stadtpartei zusammen mit der SP Migration im grossen Rahmen geführt,

d.h. mit vielen Inseraten, diversen Veranstaltungen, Plakaten etc. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund Fr. 40'000.-. Der Abstimmungsclub beteiligte sich daran mit rund Fr. 10'000.-. Herzlichen Dank dafür an alle Mitglieder!

Die übrigen Kampagnen, wie z.B. die kantonale Vorlage "Neuordnung der Elektrizitätsversorgung EKZ" und "Durchgangsbahnhof Löwenstrasse" bewegten sich im budgetierten Rahmen. Für die Initiative "Tragbare Krankenkassenprämien für alle" produzierte die Stadtpartei ebenfalls einen eigenen Flyer, der von allen Sektionen verteilt wurde.

Im Rahmen des budgetierten Betrages von Fr. 80'000.- für die strategische Wahlkampagne in den Stadtkreisen 9, 11 und 12 produzierten wir zwei Flyer mit einem Vollverteiler. Dies für die Kampagnen "Abschaffung der Einbür-

gerungsgebühren" im Januar und "Neuordnung Elektrizitätsversorgung EKZ" im Mai 2001.

Auf der Einnahmenseite macht sich ein leicht höherer Ertrag bei den PAB-MandatarInnen bemerkbar und ebenso der Posten ausserordentliche Erträge mit dem Legat und dem Tages-Anzeiger-Rabatt.

Ausblick

Der kostenintensive und somit auch erfolgreiche Wahlkampf (nicht zuletzt auch wegen der Lancierung unseres Newcomers Martin Waser) hat mehr Mittel verschlungen als anfangs budgetiert. Die Endabrechnung wird uns ein Defizit bescheren und wir kommen nicht darum herum, nochmals einen Obolus unserer Parteimitglieder einzufordern, welcher gleichmässig verteilt nicht schmerzhaft sein wird. Wir brauchen diese Mittel, um auch 2002 voll handlungsfähig bleiben zu können.

MITGLIEDERZAHLEN 1996 - 2001

Sektion	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Delegierte 2002
1	90	92	89	89	94	93	10
2	171	171	170	176	182	168	12
3	328	311	287	281	288	287	16
4	176	176	164	171	167	162	12
5	115	125	137	147	146	148	12
6	203	196	207	212	219	213	14
7	163	172	175	202	204	207	14
8	119	118	124	124	113	109	10
9	221	226	221	214	207	208	14
10	245	246	242	238	250	246	15
11	201	199	207	189	186	171	13
12	195	190	175	171	157	150	12
TOTAL	2227	2222	2198	2214	2213	2162	154

Jahresrechnung der SP Stadt Zürich

Bilanz per 31.12.2001

AKTIVEN

Kasse			1'519.10
Postcheckkonti			367'526.15
Bankkonti			51'506.10
Depositenkonti			174'664.10
Debitoren	Sektionen	-9'318.55	
	Bildungsausschuss	1'415.90	
	Fraktion	97.00	
	Verrechnungssteuer	3'721.11	
	diverse Debitoren	18'542.65	14'458.11
Transitorische Aktiven			214'033.09
Wertschriften			1'501.00
Mobilien			1'000.00
Total Aktiven			826'207.65

PASSIVEN

Kreditoren	Diverse	17'076.38	
	Sektionen PAB	33'483.10	
	Kantonalpar tei	274'075.10	324'634.58
Rückstellungen	Wahlen	453'000.00	
	Aktionen	15'000.00	
	Personal	10'000.00	
	Rechtshilfefonds	22'000.00	500'000.00
Gewinn per 31.12.2001			1'573.07
Total Passiven			826'207.65

Erfolgsrechnung 2001

AUFWAND

Personalaufwand	208'111.67
Administration	63'932.06
Gremienkosten	16'050.15
Kampagnen allgemein:	
Inserate, Drucksachen, Postverteiler	45'763.43
Unterstützung Sektionen 9,11,12, Wahlen 2002	26'416.50
Einzelinitiative Roselli	41'465.15
Veranstaltungen der AG Altersveranstaltungen	9'799.85
Beiträge intern	18'398.20
Rückstellungen	161'136.68
Gewinn	1'573.07
Total Aufwand	592'646.76

ERTRAG

Mitgliederbeiträge	105'721.00
Parteiausgleichsbeiträge	429'116.91
Spenden allgemein	2'490.00
Abstimmungsclub	10'547.95
Legat Welter	23'250.00
Ausserordentliche Erträge	13'845.00
Abgeltungen	600.00
Zinsen	7'075.90
Total Ertrag	592'646.76

Abstimmungsergebnisse Stadt Zürich 2001/2002

4. März 2001	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 53%)				
Abschaffung Einbürgerungsgebühren	Ja	Nein	9'718	36'523
Bund (Stimmbeteiligung 55.7%)				
Tempo-30-Initiative	Ja	Nein	37'880	68'786
Arzneimittel-Initiative	Stimmfreigabe	Nein	39'767	65'314
Europa-Initiative	Ja	Nein	34'438	71'766
10. Juni 2001	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 39%)				
Finanzierung und Sanierung Fernwärme	Ja	Ja	53'502	24'670
Bezirksgericht Zürich	R. Nuotclà	R. Nuotclà	7'154	
Kanton (Stimmbeteiligung 42.7%)				
Neuordnung Elektrizitätsvers. "EKZ"	Nein	Nein	31'429	47'602
Bund (Stimmbeteiligung 46%)				
Militärgesetz (Bewaffnung im Ausland)	Ja	Ja	49'375	38'634
Militärgesetz (Ausbildungszusammenarbeit)	Ja	Ja	49'570	37'976
Streichung des Bistumsartikels	Ja	Ja	51'707	30'387
23. September 2001	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 34.6%)				
Kauf/Sanierung Hochhaus Werd	Ja	Ja	52'135	16'243
Objektkredit Schulhaus im Birch	Ja	Ja	51'110	17'390
Kreuzplatz-Initiative	Nein	Nein	22'716	45'012
Kanton (Stimmbeteiligung 37.4%)				
Medikamentenabgabe	Stimmfreigabe	Nein	44'216	26'634
Tragbare Krankenkassenprämien	Ja	Ja	43'666	27'795
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	Ja	Ja	60'536	10'460
2. Dezember 2001	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 37,2%)				
Schulanlage Apfelbaum, Erweiterung	Ja	Ja	57'337	17'697
Schulanlage Buchwiesen, Erweiterung	Ja	Ja	57'216	17'856
Kompetenzübertragung EWZ	Nein	Ja	43'408	30'978
Abschaffung Beamtenstatus	Ja	Ja	64'712	10'085
Kanton (Stimmbeteiligung 39.2%)				
VI einheitliche Polizei im Kanton Zürich	Nein	Nein	27'599	48'315
Bund (Stimmbeteiligung 40,5%)				
Bundesbeschluss Schuldenbremse	Nein	Ja	65'388	15'352
VI AHV - Energie statt Arbeit besteuern	Ja	Nein	30'517	50'614
VI für eine Schweiz ohne Armee	Stimmfreigabe	Nein	25'607	56'447
VI für einen zivilen Friedensdienst	Ja	Nein	28'774	52'695
VI für eine Kapitalgewinnsteuer	Ja	Nein	35'145	46'393
13. Januar 2002	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Kanton (Stimmbeteiligung 40,3%)				
300 Mio-Kredit neue Airline	Ja	Ja	48'530	34'780
Sicherung der betriebsnotwendigen Systeme / Funktionen Flughafen	Ja	Ja	58'021	25'226
3. März 2002	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 46%)				
Stadttratswahlen: (absolutes Mehr: 29'769)				
	Ledergerber	Ledergerber	60'771	
	Maurer	Maurer	53'004	
	Neukomm	Neukomm	50'660	
	Waser	Waser	38'699	
Stadtpräsidium: (absolutes Mehr: 44'553)				
	Ledergerber	<i>abs. Mehr um 5'954 verpasst</i>	38'599	
Gemeinderatswahlen: Bund (Stimmbeteiligung 59,3%)				
Beitritt der Schweiz zur UNO	Ja	Ja	81'429	38'651
VI für eine kürzere Arbeitszeit	Ja	Nein	40'234	78'020

IMPRESSUM:

Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich
SP Stadt Zürich, Hallwylstr. 29, 8004 Zürich,

Tel. 01 242 82 66, Fax 01 241 72 42

Redaktion und Produktion: Susanne Twerenbold

Photos: Klaus Rosza, Dick Vredenbregt

Lektorat: Paul Sprecher

April 2002

Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzelexemplare gratis.

TALON FÜR INTERESSIERTE, NEUGIERIGE UND BEITRITTSWILLIGE

Die SP interessiert mich.

Schicken Sie mir Ihre Unterlagen.

VORNAME / NAME: _____

Die SP gefällt mir.

Ich trete der Partei bei.

PLZ / ORT: _____

STRASSE / NR.: _____

Ich habe noch Fragen.

Rufen Sie mich bitte an.

TELEFON: _____

DATUM / UNTERSCHRIFT: _____

An: SP Stadt Zürich, Hallwylstrasse 29, 8004 Zürich. Telefon: 01 / 242'82'66, Telefax: 01 / 241'72'42.
e-mail: spstadtzh@spstadtzh.ch, Internet: www.spstadtzh.ch